

NATIONALRAT
Sommersession 2019

Fragestunde vom 11. Juni 2019

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

19.5248 Munz. Förderung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) in der nichtformalen Bildung

Gemäss BFI-Botschaft will der Bundesrat zwischen 2017 und 2020 den Fördermöglichkeiten der BNE im Bereich der nichtformalen Bildung vermehrt Aufmerksamkeit schenken und die Zielgruppen zur Stärkung der BNE ausweiten.

- Was hat der Bundesrat unternommen, um die zwei Zielsetzungen zu erreichen?
- Was will er bis 2020 noch bewirken?
- Ist er bereit, sich bezüglich Stärkung der BNE in der nichtformalen Bildung in der neuen Förderperiode spezifische, ambitionierte und messbare Ziele zu stecken?

19.5250 von Siebenthal. Widersetzen sich die Mitarbeitenden im BLW dem Willen des Bundesrats in Bezug auf die AP22+?

Im Kassensturz vom 28. Mai 2019 zum Thema "Die Tricks der Viehhändler" sagt BLW Vizedirektor Adrian Aebi, der Bundesrat wolle im Paket AP22+ die Inlandsleistung beim Schlachtvieh streichen. Effektiv war im begleitenden Fragebogen lediglich die Frage, wie eine Aufhebung der Inlandsleistung beurteilt würde.

- Hat der Bundesrat seine Meinung geändert und will er die Inlandsleistung beim Schlachtvieh streichen?
- Sind sich die Mitarbeitenden des BLW bewusst, was der Bundesrat von ihnen erwartet?

19.5256 Egger Thomas. Wann kommt das angekündigte Berggebietsprogramm?

In Zusammenhang mit dem Postulat 15.3228 "Bericht über die Entwicklungsperspektiven des Alpenbogens" wurde als konkrete Massnahme ein Berggebietsprogramm angekündigt, welches v.a. in peripheren Räumen neue Entwicklungsimpulse ermöglichen soll. In der Botschaft Standortförderung 2020 - 23 ist dieses Programm jedoch nicht enthalten.

Deshalb bitte ich den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

- Welches ist der Stand dieses Berggebietsprogrammes?
- Wann wird der Bundesrat das Programm lancieren?

19.5271 Semadeni. Was sind besonders risikoreiche Pestizide und warum werden sie überhaupt zugelassen?

In den Vernehmlassungsunterlagen zur AP22+ schlug der Bundesrat mit einem Massnahmenpaket unter anderem vor, für die Erbringung des ÖLN Pestizide mit erhöhtem Umweltrisiko auszuschliessen.

- Was bedeutet es konkret, wenn besonders risikoreiche Pestizide für die Erbringung des ÖLN ausgeschlossen werden?
- Warum sollten besonders risikoreiche Pestizide in der Schweiz heute überhaupt noch zugelassen werden?

19.5272 Semadeni. Mit dem "Aktionsplan Pestizidreduktion" Risiken senken, die heute noch nicht beschrieben werden können?

Der "Aktionsplan Pestizidreduktion", den der Bundesrat in seinen Botschaften als Alternative zu den beiden Pestizid-Initiativen vorschlägt, sieht eine Reduktion der Risiken bei der Anwendung von Pestiziden um 50 Prozent vor.

- Ist es korrekt, dass sich der Bund noch nicht auf einen Index geeinigt hat, nach dem sich solche Risiken überhaupt berechnen lassen?
- Ist es korrekt, dass hierzu verschiedene international anerkannte Indizes existieren?

19.5276 Müller-Altermatt. Was bringt das BNE-Netzwerk für die Berufsbildung und wie kann es verbessert werden?

Laut BFI-Botschaft unterstützt das SBFI seit 2017 ein von der "éducation 21" lanciertes Projekt zur Initialisierung eines BNE-Netzwerkes für die Berufsbildung. Dieses soll dazu beitragen, Lehrkräfte für BNE zu sensibilisieren sowie Hindernisse und Erfolgsfaktoren für die Einführung von BNE in der Berufsbildung empirisch fundiert zu erfassen.

- Zu welchen Erkenntnissen ist das Projekt gelangt?
- Wie fliessen diese in die Berufsbildung bzw. in die neue BFI-Botschaft ein (nächste Schritte)?

19.5307 Gugger. Uiguren

- Wie sieht der Bundesrat die zukünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit aufgrund der masslosen Diskriminierung und Folterung der Uiguren und wahrscheinlich auch anderer Minderheiten in China?
- Wird der Reichtum in der Schweiz höher gewichtet als die Menschenrechte?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

19.5240 Bregy. Bafu-Merkblatt für gesunde und umweltfreundliche Verpflegung bei Veranstaltungen

Das Bafu empfiehlt im Merkblatt für die Verpflegung bei Veranstaltungen mehrheitlich die Wahl vegetarischer Produkte und insbesondere einzelne Labels.

- Worauf basieren diese Empfehlungen?
- Warum wird einzig und einseitig das Bio-Label (statt z.B. der Integrierten Produktion) und v.a. vegetarische Verpflegung empfohlen?
- Nach welchen Kriterien wurden die übrigen Labels (u.a. Bio, Max Havelaar etc.) ausgewählt?
- Ist das Bafu bereit, dieses einseitige Merkblatt anzupassen oder zu entfernen?

19.5243 Egger Mike. Nachtfahrverbot an Wochenenden für Junglenker - krasse Diskriminierung durch die bfu

"Fährt eine Gruppe junger Menschen nach dem Ausgang nach Hause, ist das Unfallrisiko laut Marc Kipfer von der Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) massiv grösser - etwa, weil die Mitfahrer den Lenker zu riskanten Überholmanövern animieren".

1. Welche Rolle spielt bei den Vorschlägen des bfu der gesunde Menschenverstand?
2. Warum pauschalisiert ausgerechnet der Staat alle Junglenker als Gefahr für den Strassenverkehr?

19.5244 Feller. Verstärkte Unterstützung der Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten

Der Bund unterstützt die Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten, indem er Fachinstituten jährlich eine Subvention von einer Million Franken gewährt. Im erläuternden Bericht zum Bundesgesetz über elektronische Medien (BGeM), das im Jahr 2018 in Vernehmlassung war, wird Folgendes präzisiert (S. 53): "Vor dem Hintergrund des Medienwandels sind die Anforderungen an den Journalismus und damit auch an Aus- und Weiterbildungsangebote gestiegen."

Ist in diesem Zusammenhang eine baldige Erhöhung des aktuellen Subventionsbetrags denkbar, ohne eine eventuelle Verabschiedung des BGeM abzuwarten?

19.5246 Candinas. Wird der Bund die Ausbildung von Journalisten stärken?

Die Unterstützung der Ausbildung von Journalisten durch den Bund ist unbestritten. Bis das Mediengesetz in Kraft tritt, vergehen Jahre. Aufgrund von Sparmassnahmen investieren die Redaktionen immer weniger in die Ausbildung ihrer Mitarbeitenden.

- Was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, um die Ausbildung bis zum Inkrafttreten des Mediengesetzes kanalunabhängig zu stärken?

- Ist er bereit, den heutigen Beitrag (1 Mio. Franken) zu erhöhen und damit einen Beitrag für die Medien-Qualität zu leisten?

19.5257 Gschwind. Ist das Waldsterben unabwendbar geworden?

Mit der Ankunft des Frühlings ist in den Wäldern des Jura ein massives und beunruhigendes Absterben einiger Baumarten zu beobachten, namentlich der Weisstanne und der Esche, die von Parasiten befallen werden. So schlimm war es noch nie! Wälder werden in ihrer Existenz ernsthaft bedroht; die Bilder, die die Verwüstung in einigen Gebieten zeigen, sprechen Bände.

Meine Frage wäre nun die folgende:

Ist sich der Bundesrat dieses Problems bewusst und welche dringlichen und ausserordentlichen Massnahmen kann er ergreifen, um dieses katastrophale Phänomen aufzuhalten?

19.5258 Seiler Graf. Bundes-Subventionen an Flugsicherungskosten der Flugplätze Kat. II

- Wie teilen sich die 29.6 bzw. 30.2 Millionen Schweizer Franken Finanzbeihilfen des Bundes der Jahre 2017 bzw. 2018 für die Unterdeckung der Flugsicherungskosten auf die 8 Regionalflugplätze gemäss Flugplatz-Kat. II, Verordnung über den Flugsicherungsdienst (VFSD, 748.132.1), Anhang 2, auf?

- Und welches waren die pro Flugplatzbetreiber bei den Verursachern im 2017 und 2018 direkt erhobenen Gebühren für die Flugsicherung?

19.5263 Vogler. Zustand des Waldes nach dem Hitzesommer 2018

- Wie beurteilt der Bundesrat den aktuellen Zustand bzw. das Schadensbild des Waldes aufgrund des Hitzesommers 2018?

- Sind spezielle Massnahmen, beispielsweise zur Bekämpfung des Borkenkäfers vorgesehen und notwendig?

19.5264 Egger Thomas. Not English only

Die KVF-N hat am 13. Mai 2019 eine Kommissionsmotion beschlossen, in der sie den Bundesrat auffordert, die Regelung "English only" zurückzunehmen und für nichtgewerbsmässigen Sichtflug auch eine Landessprache zuzulassen. Trotzdem will das Bazl "English only" durchsetzen.

Warum orientiert sich der Bundesrat nicht an der Regelung der ICAO und EASA, die auch eine Landessprache zulässt und setzt die Bestimmung "English only" bis zur Beratung der Motion aus?

19.5291 Jauslin. Beibehalten der Sprachregelung für den nichtgewerbsmässigen Sichtflug (1)

Die KVF-N hat ohne Gegenstimme eine Kommissionsmotion eingereicht, die verlangt, man soll auf eine Änderung der Sprachregelung für den nichtgewerbsmässigen Sichtflug verzichten. Trotzdem will das Bazl die Änderungen per 20. Juni 2019 durchboxen.

- Warum sorgt der Bundesrat nicht dafür, dass die zuständigen Bundesämter die Anliegen der betroffenen Kreise ernst nimmt?

- Warum soll es nicht möglich sein, die aktuelle und bewährte Sprachregelung so zu belassen und auf eine Änderung vorläufig zu verzichten?

19.5292 Jauslin. Unterschiedliche Sprachregelung für den nichtgewerbsmässigen Sichtflug (2)

Die KVF-N hat ohne Gegenstimme eine Kommissionsmotion eingereicht, die verlangt, man soll auf eine Änderung der Sprachregelung für den nichtgewerbsmässigen Sichtflug verzichten. Trotzdem will das Bazl die Änderungen per 20. Juni 2019 durchboxen. Dabei sollen unterschiedliche Regelungen gelten.

Warum lässt es der Bundesrat zu, dass für die deutschsprechenden Landesteile andere Regeln gelten sollen als für die italienische und französische Schweiz?

19.5274 Regazzi. 5G-Technologie. Informieren und erklären, um einige verbreitete Vorurteile zu entkräften

Laut einer kürzlich durchgeführten Tamedia-Umfrage lehnt anscheinend über die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer die 5G-Technologie ab oder ist ihr gegenüber sehr skeptisch. In vielen Kantonen gibt es Kritik an 5G oder Widerstand dagegen. Doch die Bedenken beruhen oft auf Vorurteilen und nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Ich frage den Bundesrat:

- Ist er nicht auch der Ansicht, dass die Bevölkerung umfassender und korrekt über die tatsächlichen Auswirkungen von 5G informiert werden muss?

- Falls ja, was wird er konkret tun?

19.5275 Regazzi. Die Kastaniengallwespe ist zurück. Man muss sofort handeln!

In diesen Tagen wurde berichtet, dass in den Tessiner Wäldern plötzlich wieder die gefürchtete Edelkastanien-Gallwespe auftritt, die scheinbar erfolgreich bekämpft worden war. Dieser Schädling hatte die Esskastanienproduktion praktisch zum Erliegen gebracht. Sein erneutes Auftreten beunruhigt die involvierten Kreise wegen der möglichen Folgen für die Kastanienwälder sehr.

Ich frage den Bundesrat:

- Ist ihm das Problem im Tessin bekannt, und wie beurteilt er es?

- Welche Strategie hat er, um diesen gefährlichen Schädling zu bekämpfen?

19.5277 Molina. Der unglaubliche Lebenszyklus der Aale: Bedrohung durch Flusskraftwerke und organisierte Kriminalität. Was unternimmt der Bundesrat?

Um sich fortzupflanzen legt der Aal 5000 km von Europa bis in die Sargassosee zurück. Bei seiner Wanderung wird er durch Kraftwerke zerstückelt. Ausserdem werden jährlich 320 Millionen Glasaale geschmuggelt.

Bezugnehmend auf Frage 18.5206 bitte ich den Bundesrat um Beantwortung folgender Fragen:

- Was ist der Stand der Bafu-Pilotprojekte zum Schutz der Aale?
- An welchem Punkt steht die Kooperation mit der EU?
- Was unternimmt der Bundesrat gegen den Aal-Schmuggel und zur Durchsetzung von CITES?

19.5278 Müller-Altermatt. Entlassungen, Subventionen, 2 Millionen im Minus - und Dividende bei der SDA. Wie geht das zusammen?

Seit diesem Jahr wird die Keystone-SDA mit max. 2 Millionen Franken vom Bund unterstützt. Begründet wird die Subvention mit der prekären Finanzlage, welche zu Sparmassnahmen und Entlassungen führte. Der Geschäftsbericht 2018 der SDA zeigt auf, dass trotz eines operativen Verlustes von 2 Millionen Franken eine Dividende von 1,4 Millionen Franken an die Aktionäre ausbezahlt wird.

Ist der Bundesrat mit dieser Ausschüttung einverstanden und wird er in Zukunft den Leistungsauftrag an Vorgaben zur Gewinnverwendung etc. knüpfen?

19.5286 Schneider Schüttel. 5G-Antennen - welche Grenzwerte gelten?

Derzeit ist in der Schweiz der Aufbau der 5G-Mobilfunk-Netze im Gang.

- Welche Anpassungen bzgl. Grenzwerte für nichtionisierende Strahlungen für Mobilfunkanlagen sind im Zusammenhang mit dem Aufbau des 5G-Netzes vorgesehen bzw. geplant?
- Wird auch das Bewilligungsverfahren für den Antennenaufbau modifiziert?

19.5296 Schneider Schüttel. 5G-Technologie - Alternativen?

Aus der Bevölkerung werden Stimmen laut, die gesundheitliche Beeinträchtigungen durch die im Aufbau begriffenen 5G-Antennen befürchten.

- Welche Alternativen gibt es?
- Kann sich der Bundesrat vorstellen, anstelle der 5G-Antennen den Ausbau des Glasfaserkabelnetzes zu fördern bzw. dies z.B. von der Swisscom zu verlangen?

19.5301 Kälin. 60 Jahre Laufzeit für alle AKW?

In der NZZ am Sonntag vom 2. Juni 2019 wurde publik, dass das BFE in der Überarbeitung der Energieperspektiven statt wie bisher mit 50 Jahren Betriebslaufzeit für AKW neu auch ein Szenario mit 60 Jahren rechnet. Nur weil die Axpo für Beznau 60 Jahre Betriebslaufzeit vorsieht, muss dies nicht automatisch für alle AKW angenommen werden.

Wieso richtet sich der Bundesrat nach einer Vision der Axpo?

Bundeskanzlei**19.5252 Sommaruga Carlo. E-Voting: Rückkehr zum Genfer E-Voting-System. Was sieht die Bundeskanzlei vor?**

Am 14. Mai 2019 hat sich das Genfer Kantonsparlament dem Entscheid des Regierungsrats, das Genfer E-Voting-System einzustellen, widersetzt; dieses wird übrigens auch in verschiedenen anderen Kantonen verwendet. Da das System der Post, dem die Bundeskanzlei tatsächlich lange Zeit den Vorrang gab, ausgesetzt wurde, ist es nun dringend notwendig, institutionelle Voraussetzungen zu schaffen, um das Genfer Modell nachhaltig zu sichern und eine breiter abgestützte Finanzierung zu ermöglichen. Ansonsten könnte das E-Voting in der Schweiz bald der Geschichte angehören. Was sieht die Bundeskanzlei vor?

19.5253 Sommaruga Carlo. E-Voting: Verfrühtes Todesurteil für das Genfer E-Voting?

Der Genfer Staatsrat hat Ende 2018 entschieden, das E-Voting im Februar 2020 nach Ablauf der Grundbewilligung des Bundes einzustellen. Er will nicht, dass der Kanton Genf die finanziellen Risiken für ein in der Schweiz weit verbreitetes System alleine tragen muss. Deshalb hat er nicht in dessen vollständige Verifizierbarkeit investiert. Nichtsdestotrotz hat das Genfer Kantonsparlament entschieden, dem Genfer E-Voting-System noch eine Chance zu geben. Beabsichtigt die Bundeskanzlei, die dem Kanton Genf erteilte Bewilligung vor den eidgenössischen Wahlen zurückzuziehen?

Departement für auswärtige Angelegenheiten**19.5242 de la Reussille. Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW): Entscheidet der Vorsteher des EDA oder die Verwaltung?**

Obwohl das Parlament eine Motion angenommen hat, welche die schnelle Unterzeichnung und Ratifizierung des TPNW verlangt, tut sich unseren Informationen zufolge nichts.

Wieso stellt sich der Vorsteher des EDA, der sich in der Aussenpolitik so gerne auf den politischen Willen unseres Landes beruft, nun stumm und ignoriert den Willen des Parlaments?

Entscheidet letztlich der Vorsteher des EDA oder die Verwaltung?

19.5254 Sommaruga Carlo. Internationales Genf: Eine erleichterte Ausstellung von Aufenthaltsbewilligungen für bei der UNO in Genf akkreditierte Journalistinnen und Journalisten?

Die Botschaft zu den Massnahmen zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat 2020-2023 (19.019) zeigt, welch hartem Wettbewerb das internationale Genf ausgesetzt ist. Es ist deshalb unerlässlich, dass möglichst viele ausländische Journalistinnen und Journalisten über das internationale Genf mit seinen innovativen Ideen und seinen zahlreichen Veranstaltungen berichten. Allerdings ist die Ausstellung einer Aufenthaltsbewilligung für Journalistinnen und Journalisten ein langwieriger Prozess, der bis zu vier Monate lang dauern kann.

Ist das EDA bereit, diese Situation im Interesse des internationalen Genf zu verbessern?

19.5255 Sommaruga Carlo. Internationales Genf: Medienstrategie, um die Position des internationalen Genf in der Welt zu stärken

Die Botschaft zur Stärkung der Rolle der Schweiz als Gaststaat zeigt, wie hart die Wettbewerbsbedingungen für das internationale Genf sind. Deshalb ist es wichtig, auf die Vorzüge, die Veranstaltungen und die Erfolge des internationalen Genf aufmerksam zu machen. Nun aber sind Auslandkorrespondentinnen und -korrespondenten immer seltener anzutreffen. Und demgegenüber gibt es noch immer keine umfassende Vision, wie die Medienpräsenz des internationalen Genf gestärkt werden kann. Hat das EDA vor, eine Medienstrategie für das internationale Genf zu entwickeln?

19.5266 Fehlmann Rielle. Myanmar: Die Schweizer Behörden haben sich noch immer nicht zu den Schäden geäußert, die durch den Bau des Upper-Yeywa-Staudamms verursacht werden

Die birmanischen Behörden haben im Siedlungsgebiet des Minderheitenvolks der Shan mit dem Bau des Upper-Yeywa-Staudamms begonnen. Dieses Projekt wird sich auf die Lebensbedingungen von über 6000 Menschen auswirken. Nun aber ist eine der stark an diesem Bau beteiligten Firmen die Stucky AG. Die Schweizerische Botschaft in Myanmar wurde über diese Tatsache informiert, hat aber nie darauf reagiert. Sollte die Schweizer Regierung diesbezüglich nicht Stellung nehmen, insbesondere in Zeiten, wo die soziale Verantwortung der Unternehmen diskutiert wird?

19.5268 Wermuth. Gesetz zur Unterstützung einer nationalen Menschenrechtsinstitution (MRIG) - Stand der Dinge?

Die Vernehmlassung zum MRIG wurde bereits 2017 durchgeführt.

- Wann rechnet der Bundesrat mit der Botschaft?
- Was ist der Grund für die Verzögerung?
- Ist ein nahtloser Übergang vom bisherigen SKMR zur zukünftigen NMRI gewährleistet?
- Ist ein A-Status gemäss Pariser Prinzipien der Uno für diese Institution gewährleistet?
- Welchen Stellenwert haben die internationalen Empfehlungen (UPR-Verfahren Uno-Menschenrechtsrat, OSZE/ODIHR) an die Schweiz?

19.5290 Streiff. Wie weiter mit der nationalen Menschenrechtsinstitution?

Die Vernehmlassung zur nationalen Menschenrechtsinstitution wurde bereits 2017 durchgeführt.

Die Botschaft dazu fehlt noch.

- Wann gedenkt der Bundesrat diese zu bringen?
 - Ist ein nahtloser Übergang vom bisherigen SKMR zur zukünftigen NMRI gewährleistet?
 - Ist ein A-Status gemäss Pariser Prinzipien der Uno für diese Institution das Ziel?
- Wie wird es erreicht?
- Welchen Stellenwert haben die internationalen Empfehlungen (UPR-Verfahren Uno-Menschenrechtsrat, OSZE/ODIHR) an die Schweiz?

19.5294 Glättli. Schiebt der Bundesrat die Schaffung einer nationalen Menschenrechtsinstitution, die den A-Status erhalten kann, weiter auf die lange Bank?

Die Vernehmlassung zur nationalen Menschenrechtsinstitution wurde 2017 durchgeführt. Bisher liegt keine Botschaft vor.

- Warum die Verzögerung?

Wann bringt der Bundesrat eine Botschaft?

- Wie gewährleistet er den nahtlosen Übergang vom bisherigen SKMR zur zukünftigen NMRI?

- Ist ein A-Status gemäss Pariser Prinzipien der Uno für diese Institution das Ziel?

Wie wird es erreicht?

- Welchen Stellenwert haben internationale Empfehlungen (UPR-Verfahren Uno-Menschenrechtsrat, OSZE/ODIHR) an die Schweiz?

19.5299 Quadranti. Wie weiter mit der nationalen Menschenrechtsinstitution?

Die Vernehmlassung zur nationalen Menschenrechtsinstitution wurde bereits 2017 durchgeführt.

Die Botschaft dazu fehlt noch.

- Wann gedenkt der Bundesrat diese zu bringen?

- Ist ein nahtloser Übergang vom bisherigen SKMR zur zukünftigen NMRI gewährleistet?

- Ist ein A-Status gemäss Pariser Prinzipien der Uno für diese Institution das Ziel?

Wie wird es erreicht?

- Welchen Stellenwert haben die internationalen Empfehlungen (UPR-Verfahren Uno-Menschenrechtsrat, OSZE/ODIHR) an die Schweiz?

19.5279 Molina. Verbindlicher Rahmen für die Uno-Leitprinzipien für Unternehmen und Menschenrechte im Menschenrechtsrat

Im Juni 2014 beschloss der Uno-Menschenrechtsrat, eine intergouvernementale Arbeitsgruppe für die Erarbeitung eines rechtlich verbindlichen Abkommens im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte ins Leben zu rufen. Seither hat die Arbeitsgruppe mehrfach getagt.

- Unterstützt der Bundesrat ein rechtlich verbindliches Abkommen in diesem Bereich?

- Welche Anforderungen stellt er an ein solches Abkommen?

- Wie engagiert sich die Schweiz für diese Arbeitsgruppe?

- Existiert ein Verhandlungsmandat?

19.5280 Molina. Beziehungen zwischen Taiwan und der Schweiz

Seit 1950 verfolgt die Schweiz eine Ein-China-Politik und anerkennt die Republik China (Taiwan) nicht. Gleichzeitig ist Taiwan der siebtgrösste Exportmarkt der Schweiz in Asien. Auch die Fortschritte Taiwans in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat sind beachtlich.

- Wie begründet der Bundesrat seine Ein-China-Politik heute?

- Ist er im Rahmen der Erarbeitung seiner China-Strategie bereit, den Status Taiwans zu überprüfen?

- Welchen Beitrag zur Lösung des Konflikts leistet er?

19.5287 Sommaruga Carlo. Algerien auf seinem Weg zur Demokratie unterstützen

Seit Monaten fordert die algerische Bevölkerung in ihren stets friedlichen Massendemonstrationen die Rückkehr zu einer echten Demokratie. Präsident Abdelaziz Bouteflika hat diesem Druck des Volkes nachgegeben und ist zurückgetreten. Die für Juli 2019 vorgesehenen Wahlen wurden verschoben. Die Schweiz hat sich in ihrer Aussenpolitik und der internationalen Zusammenarbeit stets für die demokratischen Rechte und die Zivilgesellschaft eingesetzt.

Wie beabsichtigt das EDA, den Demokratisierungsprozess in Algerien zu unterstützen?

19.5297 Sommaruga Carlo. Algerien: Vorsorgliches Einfrieren der Vermögenswerte in der Schweiz, die der Clan von Bouteflika unrechtmässig erworben haben

Sowohl der Familienclan als auch der politische Clan des früheren algerischen Präsidenten haben systematisch Vermögenswerte veruntreut und unrechtmässig angehäuft. Bereits kam es zu ersten Verhaftungen wegen Korruption. Gegen korruptionsverdächtige Akteure in Algerien wurde eine Ausreisesperre verhängt. Es ist offenkundig, dass sich bei den Schweizer Banken unrechtmässig erworbene algerische Gelder befinden.

Beabsichtigt der Bundesrat, diese Vermögenswerte einzufrieren, um zu verhindern, dass diese verschwinden, anstatt dass sie der algerischen Bevölkerung zurückgegeben werden?

19.5302 Aeschi Thomas. Was macht Bundeskanzler Walter Thurnherr in der Aussenpolitik?

- Was war der Zweck der Reise des Bundeskanzlers Walter Thurnherr nach Brüssel vom Mittwoch, 5. Juni 2019?
- Was macht Bundeskanzler Walter Thurnherr in der Aussenpolitik?
- Stand diese Reise im Zusammenhang mit dem InstA?
- Erfolgte diese Reise in Absprache mit dem EDA und/oder dem Bundespräsidenten?

Justiz- und Polizeidepartement

19.5241 de la Reussille. Zieht es der Bundesrat in Betracht, Julian Assange politisches Asyl zu gewähren?

Seitdem die ecuadorianische Regierung dem Wikileaks-Gründer Julian Assange das Asyl verweigert und die britische Polizei ihn in der Botschaft in London festgenommen hat, wo er sich seit 2012 aufhielt, hat eine grosse Zahl von Menschenrechtsverteidigern ihre Beunruhigung geäussert, namentlich wegen einer möglichen Auslieferung an die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Festnahmen des Journalisten Julian Assange ist ein herber Schlag für den unabhängigen Journalismus.

Unserem Land gereichte es zur Ehre, Julian Assange politisches Asyl zu gewähren.

19.5298 Sommaruga Carlo. Julien Assange muss eine Aufenthaltsbewilligung aus humanitären Gründen erteilt werden, um ihn vor der ungerechtfertigten Strafverfolgung Amerikas zu schützen

Weil Julien Assange die Wahrheit gesagt, kriminelle Machenschaften aufgedeckt und ein internationales Bewusstsein geschaffen hat, haben die USA in siebzehn Punkten Anklage gegen ihn erhoben, und es drohen ihm dort 170 Jahre Gefängnis. Es ist daher nötig, diesem Whistleblower Schutz zu bieten. Die Schweiz kennt eine lange humanitäre Tradition und steht ein für die Einhaltung des Völkerrechts; daher muss die Schweiz diesem Mann eine ausserordentliche Aufenthaltsbewilligung aus humanitären Gründen erteilen, um zu verhindern, dass er in die USA ausgeschafft wird.

Ist der Bundesrat dazu bereit?

19.5249 Frehner. Massnahmen gegen Regierung des Kantons Basel-Stadt

Der Regierungsrat BS weigert sich, ein Urteil des BVGer betreffend die Überstellung eines afghanischen Staatsangehörigen nach Rumänien (Dublinverfahren) zu vollziehen. Dies stellt ein Rechtsbruch durch die kantonale Exekutive dar.

1. Wird der Bundesrat gegen den Regierungsrat BS eine Strafanzeige wegen Verstosses gegen ausländerrechtliche Normen, insbesondere Beihilfe zum illegalen Aufenthalt einreichen oder
2. eine Ersatzvornahme der Überstellung nach Rumänien durch Bundesorgane vornehmen?

19.5261 Addor. Die Änderung des Waffengesetzes darf nicht an unserem Nationalfeiertag in Kraft treten!

Neben dem Abstimmungsergebnis vom 19. Mai 2019 hat auch der Abstimmungskampf, der über die Parteigrenzen hinweg geführt wurde und der schliesslich zur Übernahme der EU-Waffenrichtlinie 2017/853 geführt hat, die Schweiz tief gespalten. Dass in der Folge der 1. August als möglicher Termin für die Inkraftsetzung der Änderung des Waffengesetzes genannt wurde, wurde zu Recht als Provokation aufgenommen. Denn unser Nationalfeiertag soll die Gelegenheit bieten, die Gemeinschaft zu pflegen, und soll nicht ein Tag sein, der die Menschen entzweit. Daher: Ist es nicht angesagt, das Inkrafttreten dieser Gesetzesänderung zu verschieben?

19.5262 Addor. Das geänderte Waffengesetz erst nach dem Entscheid über die Beschwerde von Tschechien in Kraft setzten?

Am 9. August 2017 hat Tschechien zusammen mit Polen beim Europäischen Gerichtshof Beschwerde eingereicht mit dem hauptsächlichen Ziel, die Nichtigerklärung der EU-Waffenrichtlinie 2017/853 zu erreichen. Wird die Beschwerde gutgeheissen, befindet sich Schweiz in einer speziellen Situation: Sie wird dann eine Richtlinie übernommen haben, die für nichtig erklärt worden ist.

Ist es nicht angezeigt, die Änderung des Waffengesetzes, die anlässlich der Abstimmung vom 19. Mai angenommen wurde, erst nach dem Entscheid des Europäischen Gerichtshofs in Kraft zu setzen, um eine solch absurde Situation zu vermeiden?

19.5265 Rochat Fernandez. Zwangsausschaffungen: Berücksichtigt das von der Oseara AG übernommene Mandat Fälle, in denen Minderjährige involviert sind?

Am 16. April 2019 wurden drei Kinder im Alter von 3 bis 7 mit ihren Eltern von ihrem Wohnort in Leysin zwangsweise nach Georgien zurückgeführt - dies trotz mehreren ärztlichen Beurteilungen, die vor allem eines der Kinder betreffen. Nichtsdestotrotz hat die Oseara AG grünes Licht für den Transfer zum Flughafen gegeben.

Wenn man an die Umstände dieser Ausschaffung denkt, die in den Medien thematisiert wurden, stellt sich folgende Frage: Sollte der an die Oseara AG vergebene Auftrag solche Situationen nicht berücksichtigen, vor allem um die Interessen der Kinder zu schützen?

19.5273 Flach. Der Bundesrat muss bei der Anwendung des BÜPF den ausdrücklichen Willen des Gesetzgebers achten

Der Dienst ÜPF behandelt Anbieter, die Instant-Messaging und Peer-to-Peer-Telefonie anbieten - entgegen dem ausdrücklichen Willen des Gesetzgebers - als Fernmeldedienste.

Wie bringt der Bundesrat die Uminterpretation des BÜPF durch den Dienst ÜPF gleich nach dem Inkrafttreten des Gesetzes mit dem ausdrücklichen Willen des Parlaments und der strikten Bundesgerichtspraxis (BGE 115 V 347, 349 und 135 III 59, 63) in Einklang?

19.5283 Wobmann. Gebühren für Telefonüberwachung

Bei der Überwachung durch die Polizei bei Kriminalfällen fallen grosse Kosten an: Überwachung beim Post- und Fernmeldeverkehr, 2160 Franken und für den Provider 1330 Franken, bei Anfragen auf rückwirkende Daten sind es 900 Franken.

Wie rechtfertigen sich diese extrem hohen Kosten bei der Aufklärung von Straftaten?

19.5284 Wobmann. Kuppel mit Mini-Minarett

Ein muslimischer Verein plant die Errichtung einer 3,5 Meter hohen Kuppel auf dem Haus der Religionen in Bern. Auf dieser Kuppel ist auch ein minarettähnlicher Turm vorgesehen.

Wie ist dieser Turm mit dem seit 2009 in der Verfassung stehenden Verbot vom Bau von Minaretten vereinbar?

19.5293 Glättli. Wo überall gibt es ausländerrechtlich begründete Inländerinnen- und Inländer-Diskriminierung?

Die Diskriminierung von Inländerinnen und Inländern mit ausländischen Angehörigen im Vergleich zu Ausländerpaaren mit EU-Pass führt zu Unverständnis. Dies betrifft z.B. die Vorschrift zum Zusammenleben von Ehepaaren oder Voraussetzungen beim Familiennachzug.

1. Ich bitte den Bundesrat, sämtliche Inländerdiskriminierungen (mit Verweis auf die entsprechenden Gesetze/Verordnungsartikel) aufzulisten.
2. Wäre er bereit, eine Motion zur Eliminierung all dieser erwähnten Diskriminierungen entgegenzunehmen?

19.5303 Aeschi Thomas. "Strichli-Liste" von alt Nationalrat Toni Brunner, SVP-Parteipräsident 2008-2016. Anfrage Nummer 10 im zweiten Quartal 2019

Die Gegner von [13.091](#) prognostizierten jährlich mindestens 4000 Ausschaffungen von kriminellen Ausländern mit der "pfefferscharfen" Umsetzung von [09.060](#) (in Kraft seit 1. Oktober 2016). Toni Brunner fragte im Jahr 2017 ([17.5098](#), [17.5305](#), [17.5431](#), [17.5563](#)), 2018 ([18.5082](#), [18.5280](#), [18.5554](#), [18.1082](#)) und ich 2019 (19.5122) erfolglos nach den effektiv vollzogenen Landesverweisungen.

Wie viele der 2017 und 2018 gegen erwachsene Ausländer ausgesprochene Landesverweisungen wurden effektiv vollzogen?

19.5306 Aeschi Thomas. Durch Gratis-Anwälte für Wirtschaftsmigranten und Asylsuchende dem Schweizer Steuerzahler verursachte Mehrkosten

Wie hoch sind die Kosten, welche seit Inkrafttreten der Asylgesetzrevision durch Gratis-Anwälte für Wirtschaftsmigranten und Asylsuchende dem Schweizer Steuerzahler verursacht wurden?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**19.5260 Reimann Maximilian. Warum braucht der Ausbildungschef der Armee ein halbes Jahr Ausbildung zum Verteidigungsattaché?**

1. Warum braucht der Ausbildungschef der Armee ein halbes Jahr Um- und Ausbildung, um als Verteidigungsattaché nach Washington versetzt werden zu können?
2. Bezieht er während dieser Zeit den vollen Lohn als 3-Stern-General und damit mehr als sein künftiger Vorgesetzter, der Schweizer-Botschafter in den USA?
3. Hält es der Bundesrat für vorbildlich, ausgerechnet einen Berufsoffizier auf diesen wichtigen Posten zu setzen, der wegen Spesenexzessen in Volk und Armee stark an Glaubwürdigkeit eingebüsst hat?

19.5300 Fridez. Zukunft der Ruag: Konsultation des Parlaments

- Wann und wie genau wird das Parlament bei der Teilprivatisierung der Ruag konsultiert werden?
 - Ist eine Gesetzesanpassung nötig?
- Ich bedanke mich beim Bundesrat im Voraus für seine Antwort.

Departement des Innern**19.5259 Estermann. Missstände, die wehtun...**

Die Eltern der Kinder mit Autismus im Kanton Luzern sind besorgt. Die Kantone Zürich und Zug schaffen es offenbar, diesen Kindern eine befriedigende Schulbildung anzubieten. Der Schuldienst kümmert sich dort viel intensiver um einzelne Schicksale. Im Kanton Luzern ist dies offenbar nicht der Fall.

- Weiss der Bundesrat von solchen Schwierigkeiten?
- Was gedenkt er zu tun, um allen Kindern in der Schweiz gleiche Chancen in der Schulbildung zu garantieren?

19.5267 Wermuth. Inkohärente Politik der Preistransparenz von Medikamenten

In seiner Antwort zum Postulat 19.3362 erwähnt der Bundesrat, dass "Preismodelle in Zukunft analog zum Ausland auch vertraulich umgesetzt werden" müssen. Ende Mai hat sich aber die Schweiz bei der WHO sehr stark für eine Resolution eingesetzt, die weltweit die Transparenz von Medikamentenpreise sicherstellen soll. Dieses inkohärente Vorgehen schadet der Glaubwürdigkeit der Schweizer Gesundheitspolitik im In- und Ausland.

Wie will der Bundesrat diesen Widerspruch auflösen?

19.5270 Gutjahr. Die Babyboomer werden zu Rentenboomer - wie können diese als Fachkräfte im Arbeitsprozess gehalten werden?

Heute beträgt der Freibetrag für AHV-Rentner monatlich 1400 Franken. Ein Anreizmittel, um Rentner länger im Arbeitsmarkt zu behalten und damit von ihrem Know-how profitieren zu können, wäre eine deutliche Erhöhung des Freibetrages.

1. Wie viele Personen gehen nach der Pensionierung einer oder mehreren Arbeitstätigkeiten nach?
2. Wie hoch wären die finanziellen Einbussen bei der AHV im Falle einer Verdoppelung des Freibetrages für AHV-Rentner?
3. Wie beurteilt der Bundesrat diesen Vorschlag?

19.5281 Graf Maya. Wie sieht es mit der Übertragung von resistenten Schweinekeimen auf Bauern und ihre Angehörigen in der Schweiz aus? (1)

Laut Tagesanzeiger tragen 85 Prozent der Deutschen Schweinebauern den multiresistenten Krankheitserreger MRSA CC398 auf sich. Damit können Erreger in Spitäler und Pflegeheime eingeschleppt werden und andere Patienten gefährden. Diverse europäische Länder bestätigen erste Todesfälle. Ich bitte den Bundesrat zu beantworten, ob diese Meldung korrekt ist und wie die Situation in der Schweiz aussieht. Gibt es weitere resistente Erreger aus der Landwirtschaft, die sich auf Menschen übertragen können?

19.5282 Graf Maya. Ausbreitung von resistenten Keimen über die Schweinehaltung auf die Bauern und ihre Angehörigen: Welche Gefahr besteht? (2)

Schweizer Wissenschaftler warnen seit Jahren vor der dramatischen Ausbreitung des resistenten Keims MRSA CC398: Kranke Bauern mit ständigem Schweinekontakt und deren Familien müssten künftig speziell auf den Erreger abgeklärt und behandelt werden.

- In wie vielen Schweizer Spitälern geschieht diese heute bereits?
- Wie viele Personen müssen wegen der erhöhten Gefahr einer Übertragung von multiresistenten Erreger isoliert behandelt werden?
- Was tut der Bund zur Vermeidung der gefährlichen Entwicklung?

19.5285 Wüthrich. Kinderrenten der zweiten Säule

Eine Minderheit der Kinder mit einer IV-Kinderrente der ersten Säule erhält auch eine Invaliden-Kinderrente der zweiten Säule, deren durchschnittliche Höhe ist in der PK-Statistik nicht separat von der Kinderrente zu einer Altersrente der zweiten Säule erfasst. Deshalb die Frage an den Bundesrat:

Wie hoch ist die durchschnittliche Invaliden-Kinderrente der zweiten Säule (effektiv ausbezahlter Betrag unter Berücksichtigung einer allfälligen Kürzung wegen Übererschädigung)?

19.5288 Heim. Schwangerschaftsabbruch - klar geregelte Befreiung von der Kostenbeteiligung

Seit 2014 gilt im KVG bei Schwangerschaft: keine Kostenbeteiligung auch bei Krankheit und ihren Folgen ab der 13. Woche. Laut BAG gilt das auch bei Schwangerschaftsabbrüchen bei schwerer Schädigung des Kindes. Dennoch fordern einzelne Krankenkassen eine Kostenbeteiligung.

- Teilt der Bundesrat die Meinung, dass die Gesetzesanwendung zu vereinheitlichen ist?
- Braucht es eine Revision des KVG oder eine Verordnungsänderung?
- Auf wann können Betroffene aller Krankenkassen auf Kostenbefreiung zählen?

19.5289 Heim. Labortarife

Medien kritisieren die amtlichen Tarife für Grosslaboratorien im Vergleich zu den Labor-Tarifen in umliegenden Ländern als stark überhöht.

- Kommt der Bundesrat zum selben Schluss?
- Er plant die Überprüfung der Tarife, wann tritt sie in Kraft?
- In welcher Grössenordnung schätzt er die möglichen Ersparnisse durch die Überprüfung der Labortarife ein?
- Ist davon auszugehen, dass er dabei die spezielle Situation und die Dienlichkeit für die Patientinnen und Patienten der Labors in Arztpraxen beachtet?

19.5304 Aeschi Thomas. Anzahl Bundesangestellte an der Uno-Konferenz der Commission on the Status of Women (CSW) in New York

Gemäss der Weltwoche vom 28. Februar 2019 soll Bundesrat Alain Berset mit 25 bis 30 Personen an der Uno-Konferenz der Commission on the Status of Women (CSW) in New York teilgenommen haben.

Der Bundesrat wird gebeten dem Parlament mitzuteilen, wie viele Bundesangestellte für diese Konferenz auf Staatskosten nach New York gereist sind.

19.5305 Aeschi Thomas. Gesetzesverletzung durch das Bundesamt für Statistik (BFS)

Vom 18. bis 21. Oktober 2020 wird das Bundesamt für Statistik für die Uno das Weltdatenforum organisieren. Erwartet werden 1200 Teilnehmer. Die Miete des Berner Kursaals kostet 955 000 Franken (800 Franken pro Teilnehmer). Weshalb vergab das BFS diesen Auftrag freihändig, obwohl das Auftragsvolumen deutlich über dem Schwellenwert für eine öffentliche Ausschreibung (ab 230 000 Franken) liegt und gemäss Gesetz hätte öffentlich ausgeschrieben werden müssen?

Finanzdepartement**19.5245 Candinas. Ist es zulässig, dass einer Bewerbung als Grenzwächterin oder Grenzwächter in Ausbildung ein Motivationsschreiben in deutscher Sprache beigelegt werden muss?**

Auf der Website der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) werden die Stellenausschreibungen auch auf Italienisch aufgeschaltet. Ein junger italienischsprachiger Mann wollte sich als Grenzwächter bewerben. Als er die Unterlagen anforderte, erfuhr er von der EZV in Lugano, dass er unter anderem ein Motivationsschreiben in deutscher Sprache beilegen müsse. Müssen junge italienischsprachige Personen in unserem Land, das vier Landessprachen kennt, ihre Beweggründe für eine Bewerbung tatsächlich auf Deutsch einreichen?

19.5247 Romano. Reorganisation der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV): eine Umfrage, um die Rückmeldungen und die Argumente der Personen "an der Front" mit einzubeziehen?

Zurzeit werden das Grenzwachtkorps und der Zoll in eine einzige operative Einheit zusammengeführt. Das Kader der EZV hat das Projekt im Rahmen einer "Tour de Suisse" vorgestellt. Dabei hat sich klar gezeigt, dass eine gewisse Ratlosigkeit herrscht und es Bedenken gibt.

Da diese Reorganisation viel Fingerspitzengefühl erfordert und ihr grosse Bedeutung zukommt, stellen sich die folgenden Fragen:

- Ist vorgesehen, eine interne Umfrage durchzuführen, die auch die Personen "an der Front" mit einbezieht.
- Wird das Personal mitreden und seine praktischen Erfahrungen einbringen können?
- Wird sichergestellt sein, dass die Umfrage anonym erfolgt, unter Umständen indem sie von einer externen Firma durchgeführt wird?

19.5251 Ammann. Wird Gemeinschaftszollanlage Kriessern (CH) und Mäder (A) bald in Betrieb gehen?

Gemäss Bundesrat wird der Betrieb einer Gemeinschaftszollanlage Kriessern/Mäder auf österreichischer Seite durch die Schweizerische Eidgenossenschaft und der Republik Österreich evaluiert. Dies wird aufgrund des ständigen Verkehrskollaps sehr begrüsst. Seit April 2019 laufen nun umfassende Instandstellungsarbeiten der Brücke über den Rhein. Die Bauarbeiten dauern bis ins Frühjahr 2020. Wird nach vollständiger Verkehrsfreigabe der Brücke dann auch die Gemeinschaftszollanlage in Betrieb sein?

19.5269 Meyer Mattea. Neuseeländisches "Wellbeing"-Budget als Vorbild für zukünftige Budgetplanung?

Neuseeland hat ein Budget erstellt, welches das Wohlbefinden der Bevölkerung ins Zentrum stellt. Staatliche Ausgaben fokussieren auf fünf Ziele: Reduktion von Kinderarmut, Verbesserung der psychischen Gesundheit, Bekämpfung von Ungleichheit, Umgang mit Digitalisierung sowie eine nachhaltige Wirtschaft. Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz werden gleich gewichtet wie Wachstum.

Ist der Bundesrat bereit, sein Budget auf soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz auszurichten?

19.5295 Riklin Kathy. Wurde das Thema Klima beim Besuch des Bundespräsidenten Ueli Maurer in China angesprochen?

Die Klimaerwärmung ist eine der grössten globalen Herausforderungen. Am 28./29. April traf Bundespräsident Maurer den chinesischen Präsident Xi Jinping und Premierminister Li Keqiang. China hat, im Gegensatz zu den USA, das Pariser Abkommen unterzeichnet. Um die globale Erwärmung auf 1,5 bis 2 Grad zu begrenzen müssen die CO2-Emissionen auf netto null bis zum Zeitraum 2050 bis 2075 reduziert werden.

Wurden beim offiziellen Besuch das Thema Klima behandelt und gemeinsame Handlungsfelder evaluiert?